



Омбудсман України
Ombudsman of Ukraine

BEAUFTRAGTER DES UKRAINISCHEN PARLAMENTS FÜR MENSCHENRECHTE

**SONDERBERICHT
zur Lage in den von der Russischen Föderation
vorübergehend besetzten Gebieten der Ukraine**

**Mit welchen Mitteln besetzt und unterjocht Russland
die Bevölkerung in den vorübergehend
besetzten Gebieten der Ukraine?**

SUMMARY

MÄRZ 2025

ZUSAMMENFASSUNG

Der Sonderbericht des Menschenrechtskommissars des ukrainischen Parlaments über die Lage in den zeitweilig besetzten Gebieten der Ukraine ist das Ergebnis einer Analyse der Erfahrungen mit der Besetzung eines Teils des ukrainischen Territoriums und der Suche nach gemeinsamen Handlungsmustern und Strategien, die die Russische Föderation vor und nach der Besetzung der Halbinsel Krim angewandt hat, sowie der Frage, wie diese Praktiken später auf andere Gebiete der Ukraine, die derzeit unter russischer Besatzung stehen, übertragen wurden.

Ziel des Berichts ist es, die Praktiken massiver Menschenrechtsverletzungen durch die Russische Föderation als eines der wichtigsten Instrumente zur Übernahme und Aufrechterhaltung der Kontrolle über ukrainische Gebiete sowie die Einführung

von Maßnahmen des Aggressorlandes zur Unterwerfung der Zivilbevölkerung in diesen Gebieten zu systematisieren und zu analysieren.

Der Bericht deckt den Zeitraum seit dem Beginn der russischen Aggression gegen die Ukraine im Jahr 2014 ab und analysiert die Ereignisse, die zur Besetzung der ukrainischen Gebiete führten, die systematischen Praktiken der Menschenrechtsverletzungen während der Übernahme und Aufrechterhaltung der Kontrolle über die Gebiete sowie die Unterwerfung der Zivilbevölkerung in diesen Gebieten. Darüber hinaus analysiert der Bericht die Wirksamkeit der Reaktion und der Gegenmaßnahmen des ukrainischen Staates auf die massiven Menschenrechtsverletzungen durch die Russische Föderation in den besetzten Gebieten und deren Folgen.

ABSCHNITT 1. Handlungen und Politiken der Russischen Föderation, die zu einer vorübergehenden Okkupation des Hoheitsgebiets der Ukraine führen

1.1 Lange vor den aktiven militärischen Operationen zur Eroberung der Halbinsel Krim und von Teilen der Regionen Donezk und Luhansk im Jahr 2014 verfolgte Russland systematisch eine Politik der Vorbereitung auf eine solche Eroberung. Sie zielte vor allem darauf ab, bei den ukrainischen Bürgern ein Gefühl der Zugehörigkeit zur Russischen Föderation zu erzeugen (gemeinsame Geschichte, Kultur, Sprache etc.). Die Praxis der "kognitiven Okkupation", d.h. die Aneignung von Informations-, Kultur- und Bildungsräumen durch die Russische Föderation als Voraussetzung und Vorbereitungsphase für eine mögliche Okkupation mit Hilfe von Streitkräften, ist nur sehr begrenzt untersucht worden. Diese Effekte bedürfen einer detaillierten Analyse und Beschreibung.

1.2 Nach der Erlangung der Unabhängigkeit der Ukraine gab es de facto keine Trennung und Bildung eines eigenen ukrainischen Informationsraums. Bis zum Beginn der bewaffneten Aggression gegen die Ukraine investierte die Russische Föderation erhebliche Mittel in die Förderung und Unterstützung des russischen Informationsangebots in der Ukraine und in die Schaffung eines einheitlichen Informationsraums. Dies wurde durch die Ausstrahlung russischer Fernsehsender in der Ukraine, die Präsenz russischer Satellitensender, russischer Radiosender usw. erleichtert. Im Jahr 2014 wurden russische Propaganda-Fernsehsender wie NTV, Russia-24, Channel One, Russia-1, Zvezda (russisch: Россия-24, Первый канал, Россия-1, Звезда), Life News, Russia Today und eini-

ge andere in der Ukraine verboten, weil sie Krieg und Gewalt propagierten.

Viele Medien, die russische Narrative verbreiten, wurden direkt oder indirekt von der Russischen Föderation finanziert. Zusätzlich zu den nationalen Kanälen förderte Russland die Schaffung regionaler (lokaler) Medien, die russische Narrative verbreiteten, insbesondere in den Grenzregionen (Oblasts Luhansk und Donezk). Regionale Medien können auch mit russischen Unternehmen verbunden sein (z. B. der Fernsehsender Alex) oder zu politischen Projekten gehören (z. B. die Partei der Regionen). Ein wichtiges Element der Schaffung eines gemeinsamen Informationsraums und der Einflussnahme der Russischen Föderation auf die ukrainische Gesellschaft war die Schaffung eines einheitlichen Internetraums durch die Förderung russischer sozialer Netzwerke (Vkontakte, Odnoklassniki, Telegram), russischer Influencer und Blogger.

Nach der Besetzung der Krim hat die Russische Föderation weiterhin Einfluss auf die ukrainische Bevölkerung in den von der ukrainischen Regierung kontrollierten Gebieten, insbesondere in der Region Cherson, genommen. Dieser Informationseinfluss wurde durch die "Beschlagnahme" von UKW-Radiofrequenzen ausgeübt.

1.3 Der Einfluss der russischen Kultur auf die ukrainischen Bürger war sehr aktiv und hörte auch nach der Unabhängigkeit der Ukraine nicht auf. Im Zentrum der russischen humanitären Politik stand die Idee der "einen Nation", d.h. der Einheit des ukrainischen und des russischen Volkes, allerdings unter dem Gesichtspunkt der Unterlegenheit des

ukrainischen Volkes. Die Russische Föderation behielt auch aktiv ihre Präsenz auf dem Territorium der Ukraine bei, insbesondere auf der Krim.

Die Russische Föderation finanzierte aktiv die Aktivitäten russischer Kulturzentren und "Häuser" auf der Krim und organisierte schon lange vor Beginn der Okkupation zahlreiche kulturelle Veranstaltungen und Festivals in der Ukraine, auch auf der Krim.

Die UOC-MP war ein eigener Kanal für die Verbreitung des russischen Einflusses auf dem Territorium der Ukraine, einschließlich der jetzt besetzten Gebiete. Die Priester der UOC-MP verurteilten die Besetzung der Krim nicht, sondern segneten russisches Militärgerät. In der Region Donezk gilt die Lawra der Heiligen Dormitio von Sviatohirsk (ein UOC-MP-Kloster in Sviatohirsk, Region Donezk) als eines der Zentren für die Verbreitung russischer Narrative. Nach verschiedenen Berichten hat das Kloster den russischen Einmarsch in die Region Donezk im Jahr 2014 aktiv unterstützt: Neben der Organisation von Massengebeten zur Unterstützung der Vertreter der bewaffneten Gruppen der DVRK nahmen die Hieromönche des Klosters direkt an den Kampfhandlungen auf Seiten der prorussischen paramilitärischen Gruppen teil.

1.4. Bildung ist ein entscheidender Faktor bei der Bildung einer politischen Nation, der die Kontinuität des Wissens und die Weitergabe historischer und kultureller Narrative gewährleistet. Das Bildungswesen in den 2014 besetzten Gebieten der Halbinsel Krim sowie der Oblaste Donezk und Luhansk war durch den systematischen Einfluss der Russischen Föderation und die vorherrschende

Verwendung der russischen Sprache im Bildungswesen auf allen Ebenen (von der Vorschule bis zu den Hochschulen) gekennzeichnet. Vor der Besetzung des Gebiets im Jahr 2014 waren mehrere Zweigstellen russischer Bildungseinrichtungen auf dem Gebiet der Ukraine, einschließlich der Halbinsel Krim, tätig. Die Russische Föderation nutzte verschiedene Wege, um die ukrainische Jugend zu beeinflussen: Beteiligung am Studium in der Russischen Föderation, Beeinflussung junger Menschen über russische soziale Netzwerke, Organisation militärischer Sportspiele, Entwicklung von Computerspielen, einschließlich solcher zu historischen Themen, die verschiedene Formen der Konfrontation zwischen der Ukraine und Russland beinhalten, usw.

1.5. Russland hatte auch einen erheblichen Einfluss auf das politische und öffentliche Leben in der Ukraine. Pro-russische Narrative, die Position, dass es keine Alternative zur Entwicklung der Ukraine gemeinsam mit Russland gibt, und die Stärkung der Integrationsprozesse zwischen den beiden Ländern wurden durch kontrollierte politische Parteien verbreitet. Bei den öffentlichen Vereinigungen ist ein deutlicher Trend zur Gründung und/oder Unterstützung verschiedener Jagdorganisationen, Kosakenorganisationen (Kuban-Kosaken, Kathedralen-Kosaken usw.), öffentlicher Organisationen von Veteranen der Strafverfolgungsbehörden, der Sonderdienste und des Militärs festzustellen, die aktiv mit ähnlichen Strukturen in der ehemaligen Sowjetunion interagierten und deren Mitglieder später die personelle Basis für Kommandanturen während der Besatzung bildeten.

ABSCHNITT 2. Einsatz schwerer Menschenrechtsverletzungen zur Unterwerfung der Zivilbevölkerung (von der Gebietseroberung bis zur Machtübernahme)

2.1. Die Inbesitznahme ukrainischer Gebiete durch die Russische Föderation im Jahr 2014 basierte auf einem anderen Szenario als im Jahr 2022, und zwar aus einer Reihe von Gründen: von der politischen Krise in der Ukraine infolge der Flucht des ehemaligen Präsidenten bis hin zur Fähigkeit der Russischen Föderation, in der Ukraine ungehindert eine aktive Politik der "Soft Power" zu betreiben und ihren Einfluss in den Bereichen Information, Politik, Kultur, Bildung usw. jahrelang auszuweiten. Unter Ausnutzung der durch diese Einflüsse bedingten Verwundbarkeit der Ukraine und unter bewusster Verschleierung des Ausbruchs einer bewaffneten Aggression mit dem Narrativ der "Selbstbestimmung der Bevölkerung", unter Einsatz des eigenen Militärs ohne Insignien oder sogar unter dem Deckmantel von Zivilisten, besetzte Russland die Halbinsel Krim. Zur gleichen Zeit wurde in den östlichen Gebieten der Ukraine ein anderes Szenario angewandt - trotz der tatsächlichen Beteiligung der russischen Streitkräfte an den Feindseligkeiten und der Kontrolle über die Personen, die später leitende Positionen in den Besatzungsbehörden einnahmen, versuchte die Russische Föderation, eher ihre "Unterstützung" als ihre direkte Kontrolle über diese Gebiete zu demonstrieren, indem sie "unabhängige" Einheiten und deren "Unabhängigkeit" anerkannte. Im Jahr 2022 wählte die Russische Föderation ein anderes Szenario, indem sie ihre bewaffnete Aggression nicht direkt verbarg.

2.2. Der Widerstand der lokalen Bevölkerung in den von der Russischen Föderation besetzten Gebieten fand sowohl 2014 als auch 2022 statt. Der größte Unterschied war das Gefühl der Unterstützung und die Fähigkeit, sich im Falle einer Entscheidung zum Widerstand auf staatliche Strukturen und lokale Behörden verlassen zu können. Mit einer klaren und eindeutigen Position des Staates zur Tatsache der russischen Aggression und der Notwendigkeit, sich der russischen Offensive zu widersetzen, hatte die lokale Bevölkerung mehr Vertrauen in die Möglichkeit und den Erfolg ihres eigenen lokalen Widerstands.

Es ist wahrscheinlich, dass das erhöhte Gewaltniveau der russischen Armee zur schnellen Unterwerfung der Bevölkerung auf diese Überlegungen zurückzuführen ist: Angesichts des staatlichen Widerstands und des Widerstands auf lokaler Ebene, der zu einem dauerhaften Widerstand eskalieren konnte, wählte Russland Methoden zur brutalen Unterdrückung jeglicher Manifestationen von Illoyalität.

Die groben Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die Menschenrechte, die die Russische Föderation in dieser Phase begangen hat, waren kein Zufall, keine Nachlässigkeit oder Übertreibung des Täters. Sie fanden an mehr als einem Ort, in verschiedenen Regionen der Ukraine, durch verschiedene russische Einheiten statt, die jedoch von einem einzigen Ziel und einer einzigen Methode zu dessen Erreichung geleitet wurden. Die Übergriffe zielten darauf

ab, die Gebiete so schnell wie möglich unter russische Kontrolle zu bringen, kostete es, was es wolle, und die örtliche Bevölkerung einzuschüchtern sowie jegliche Äußerungen von Illoyalität und Versuche, sich gegen eine weitere russische Besetzung zu wehren, zu unterdrücken.

2.3. Angriffe auf die Zivilbevölkerung und die zivile Infrastruktur sowie wahllose Angriffe, bei denen nicht berücksichtigt wurde, welchen Schaden sie der Zivilbevölkerung zufügen könnten, waren eines der ersten Instrumente der russischen Invasion, da sie keine vorherige Kontrolle über das Gebiet erforderten. Der Beschuss des Entbindungsheims Nr. 3 und des Krankenhauses in Mariupol, der Luftangriff auf das Schauspielhaus in Mariupol, der wiederholte Beschuss von Wohngebieten in Tschernihiw und der Verteilungsstelle für humanitäre Hilfe in Charkiw nach Beginn der umfassenden Invasion waren nicht durch militärische Ziele bedingt. Der Status dieser Objekte als zivile Einrichtungen sowie die Tatsache, dass sich dort eine große Anzahl von Zivilisten aufhielt, wurde nicht verschwiegen. Die Angriffe auf diese Einrichtungen und die zivilen Opfer waren für die russischen Vertreter ein erwartetes und erwünschtes Ergebnis, eine "Strafe" für Ungehorsam und eine Warnung, dass dieselben Angriffe fortgesetzt würden, wenn das Gebiet nicht eingenommen würde. Darüber hinaus waren solche Angriffe das erste Mittel, um Siedlungen durch Einschüchterung zu erobern und der örtlichen Bevölkerung den Zugang zu den Grundbedürfnissen wie Wasser, Strom, Heizung und Kommunikation zu verwehren.

2.4. Um ihre Streitkräfte zu schützen und einen wirksamen Widerstand der ukrainischen Seite zu verhindern, bedienten sich die Vertreter der Russischen Föderation auch der Praxis der menschlichen Schutzschilde. Das russische Militär hat selbst militärische Ausrüstung in Wohngebieten in der Nähe von zivilen Objekten aufgestellt und positioniert. Gleichzeitig schränkten sie die Möglichkeiten der Zivil-

bevölkerung ein, diese Gebiete zu verlassen, und zwangen sie, in ihren Häusern zu bleiben, was sie in Gefahr brachte.

2.5. Eines der Mittel zur Kontrolle der lokalen Bevölkerung und zur Aufrechterhaltung der Kontrolle über das beschlagnahmte Gebiet war die Einschränkung der Möglichkeit, das Gebiet zu verlassen. Diese Praxis begann auch 2014. Vertreter der Russischen Föderation verhängten Beschränkungen für die Bewegung der Bevölkerung von/zur besetzten Krim im Einklang mit der rechtswidrig erweiterten russischen Migrationsgesetzgebung, die vom EGMR als Verstoß gegen das Recht auf Freizügigkeit anerkannt wurden. Nach der vollständigen Invasion schossen russische Vertreter auf Evakuierungskonvois, selbst nachdem Vereinbarungen über deren Organisation getroffen worden waren, und schossen auf Zivilisten, die versuchten, auf eigene Faust zu evakuieren. Ein weiterer Ausdruck dieses Verstoßes war das Verbot, die Siedlung zu verlassen, selbst innerhalb des von der Russischen Föderation kontrollierten Gebiets, insbesondere wenn dies aus humanitären oder lebenswichtigen Gründen, wie dem Zugang zu medizinischer Versorgung oder Medikamenten, erforderlich war.

2.6 Die Bereitstellung humanitärer Hilfe ist auch zu einem Mittel geworden, um die Loyalität der örtlichen Bevölkerung gegenüber den Vertretern der Russischen Föderation zu kontrollieren und zu testen. Indem Russland die Lieferung humanitärer Güter durch die Ukraine und internationale Organisationen einschränkte und Personen festhielt, die versuchten, humanitäre Hilfe zu leisten, schuf es ein Vakuum an lebenswichtigen Gütern und zwang die lokale Bevölkerung, sich ausschließlich auf die vorhandenen Vorräte zu verlassen und auf russische Hilfe zu setzen.

2.7. Das von der Russischen Föderation seit Beginn der groß angelegten Invasion eingesetzte System des "Filterns" beinhaltet eine Reihe von Verstößen, darunter die Verletzung des Rechts auf Privatsphäre

durch übermäßige und unsachgemäße Erhebung personenbezogener Daten, ungerechtfertigt lange Verfahren und psychologischen Druck, unrechtmäßige Inhaftierung und gewaltsames Verschwindenlassen, Misshandlung und Folter sowie sexuelle Gewalt. Alle Arten von "Filtern", die von russischen Vertretern durchgeführt werden, zielen darauf ab, die Bewegungsfreiheit einzuschränken und Personen zu identifizieren, die nach Ansicht der russischen Vertreter aufgrund ihrer Position ein Hindernis für die Festigung der russischen Kontrolle über das Gebiet darstellen oder darstellen könnten.

2.8. Eine weitere Art der Kontrolle über die Bewegungen und Handlungen der örtlichen Bevölkerung in den besetzten Gebieten war die Zwangsumsiedlung von Ukrainern innerhalb des besetzten Gebiets und die Deportation in die Russische Föderation und nach Belarus. Die genaue Zahl der vor und seit Beginn der groß angelegten Invasion zwangsumgesiedelten und deportierten Menschen ist aufgrund des eingeschränkten Zugangs zu den besetzten Gebieten der Ukraine und dem Gebiet der Russischen Föderation nicht bekannt, und die von offiziellen Quellen der Russischen Föderation genannten Zahlen von 5,4 Millionen "Flüchtlingen", darunter 744.000 Kinder, können nicht bestätigt werden. Trotz der öffentlichen Rechtfertigung dieser Vertreibung als "Evakuierung" entsprach die Umsiedlung nicht den Anforderungen des humanitären Völkerrechts und wurde ohne genehmigten Grund durchgeführt.

2.9. Unabhängig davon konzentrierte sich die Russische Föderation auf die Zwangsumsiedlung und Abschiebung ukrainischer Kinder. Nach ukrainischen Angaben sollen 19.546 Kinder deportiert und/oder zwangsverschleppt worden sein, die tatsächliche Zahl dürfte jedoch wesentlich höher sein. Die Deportationen und Zwangsverbringungen von Kindern erfolgten unter verschiedenen Vorwänden, wie z. B. "Evakuierung", "medizinische Behandlung" und Verbringung in Lager. Darüber hinaus werden ukrainische Kinder nach

der Deportation zwangsweise passportiert und in russische Familien gebracht. Die Vertreibung und Deportation von Kindern erfolgt mit dem Hauptziel, ihre ukrainische Identität zu zerstören und sie zu Russen zu machen.

2.10. Nach der Einnahme des Gebiets wurden illegale Verhaftungen und gewaltsames Verschwindenlassen zu einem der ersten Mittel zur Kontrolle der lokalen Bevölkerung. Im Jahr 2014 wurden Menschen, die an friedlichen Protesten in verschiedenen Städten der Halbinsel teilnahmen und diese vorbereiteten, auf der Krim aktiv festgenommen. Ähnlich war die Situation in der Ostukraine, wo die örtliche Bevölkerung in den besetzten Gebieten der Regionen Donezk und Luhansk unter dem Verdacht der "Spionage", der Unterstützung des ukrainischen Militärs usw. rechtswidrig festgenommen wurde. Während der groß angelegten Invasion wurde diese Praxis noch ausgeweitet. Russische Vertreter nahmen bestimmte Gruppen ins Visier: ehemalige Militärangehörige, einschließlich Teilnehmer der ATO, lokale Behörden, Menschenrechtsaktivisten und -verteidiger sowie Personen, die nach Ansicht russischer Vertreter in der einen oder anderen Weise ihre Unterstützung für die Ukraine zum Ausdruck bringen. Da zu diesem Zeitpunkt keine langfristige Kontrolle über das Gebiet bestand, wurden diese Personen in "spontanen Hafteinrichtungen" festgehalten, wo die Haftbedingungen unzureichend waren und an sich schon eine unmenschliche Behandlung darstellten. Illegale Inhaftierungen und das gewaltsame Verschwindenlassen der örtlichen Bevölkerung sind eine bewusste Politik der Russischen Föderation, mit der mehrere Ziele verfolgt werden: Kontrolle über diejenigen Bevölkerungsgruppen, die den Widerstand gegen die Besetzung fördern könnten, sowie Druck und Einschüchterung der gesamten örtlichen Bevölkerung, indem demonstriert wird, was mit denjenigen geschehen kann, die als Gegner der russischen Behörden in dem Gebiet wahrgenommen werden.

2.11. Illegale Inhaftierungen gingen systematisch mit Folter oder Misshandlung einher. Diese Praktiken waren auch im Jahr 2022 nicht neu, da in vorübergehend besetzten Gebieten der Ukraine seit 2014 zahlreiche Fälle von Folter während und nach illegaler Inhaftierung und gewaltsamem Verschwindenlassen verzeichnet wurden. Insbesondere wurden Aktivisten auf der Krim, nachdem sie von Vertretern der Russischen Föderation entführt worden waren, in Kellern festgehalten und Schlägen und anderen Foltermethoden ausgesetzt. Auch in den östlichen Gebieten wurden Einheimische und ukrainische Staatsbürger, die an Kontrollpunkten am Eingang zu den besetzten Gebieten festgehalten wurden, rechtswidrig inhaftiert und gefoltert. Eines der berüchtigtsten Gefängnisse für seine Haftbedingungen und die Schwere der Folter ist das illegale Gefangenenlager "Izolyatsia" in Donezk. Die allgemeinen Haftbedingungen entsprachen nicht den Mindestanforderungen. Psychologischer Missbrauch von Gefangenen, wie z. B. das Zwingen zum Singen russischer Hymnen und Lieder (z. B. "Katjuscha"), Einschüchterung und Beeinflussung von Gefangenen durch das Leiden anderer - die Folterungen wurden so durchgeführt, dass andere Gefangene in den Zellen die Schreie hören konnten. Auch Vertreter der Russischen Föderation wandten Foltermethoden an, die in verschiedenen Regionen und dementsprechend unter verschiedenen Kommandos wiederholt wurden. Die Folter ging in allen Regionen fast immer mit Verhören einher und verfolgte bestimmte Ziele: Informationen über die Streitkräfte der Ukraine und über Personen in der örtlichen Bevölkerung, die die AFU unterstützen oder unterstützen könnten, sollten erlangt werden, um die Gefangenen, einschließlich der örtlichen Behörden, zur Zusammenarbeit zu bewegen, um sie einzuschüchtern und jeden weiteren Widerstand zu verhindern, und als Methode zur Bestrafung für tatsächliche oder vermeintliche Unterstützung der Ukraine oder für Widerstand gegen die Besatzung. Allerdings

kann die Russische Föderation Folter als sadistische Praxis ohne besonderen Zweck anwenden.

2.12. Tötungen und außergerichtliche Hinrichtungen waren ebenfalls Teil der Konsolidierung der Kontrolle über die besetzten Gebiete und erfolgten systematisch. Eines der bekanntesten Beispiele sind die Tötungen und außergerichtlichen Hinrichtungen in Buka durch Vertreter der Russischen Föderation, die anschließend vom Präsidenten der Russischen Föderation für ihre "Widerstandsfähigkeit und ihren Mut" mit der Verleihung des Titels "Gardebrigade" belohnt wurden. Es war jedoch nicht nur diese spezielle Brigade, die dieses Verbrechen beging, um die örtliche Bevölkerung zu kontrollieren und einzuschüchtern - Fälle von Mord und außergerichtlichen Hinrichtungen unter verschiedenen Umständen wurden in allen Regionen der Ukraine verzeichnet, in denen russisches Militär stationiert war. Solche Fälle wurden auch zu Beginn der bewaffneten Aggression im Jahr 2014 auf der Krim und in den besetzten Gebieten der Regionen Donezk und Luhansk verzeichnet. Höchstwahrscheinlich wurden die Tötungen und außergerichtlichen Hinrichtungen von der Russischen Föderation durchgeführt, um jede tatsächliche oder vermeintliche Bedrohung zu verhindern, die von Vertretern der lokalen Bevölkerung für die Machtausübung in den besetzten Gebieten ausgehen könnte. Die außergerichtlichen Hinrichtungen dienten auch als Warnung an andere in dem von der Russischen Föderation kontrollierten Gebiet vor den möglichen Folgen eines Widerstands. Die außergerichtlichen Hinrichtungen von Personen, die zuvor rechtswidrig inhaftiert und gefoltert worden waren, könnten eine Bestrafung für die Verweigerung der Zusammenarbeit, ein Mittel zur Eliminierung dieser Personen oder zur Verschleierung anderer von Vertretern der Russischen Föderation begangener Verbrechen sein.

2.13. Ein gesondertes Ziel von Angriffen der Russischen Föderation bei der Inbesitznahme von Gebieten während der groß

angelegten Invasion waren Personen mit formeller und informeller Macht und Einfluss auf lokale Gemeinschaften (Vertreter lokaler Behörden, staatliche Verwaltungen, Aktivisten usw.). Im Gegensatz zu früheren Praktiken hat Russland diese Praxis 2014-2015 nicht in großem Umfang angewandt. Die Erklärung dafür dürfte in der bereits oben dargelegten Hypothese liegen, dass die Russische Föderation 2014 ihre Macht in den besetzten Gebieten ohne die systematische Praxis der Verfolgung von Vertretern lokaler Regierungen etablierte. Da die Russische Föderation jedoch im Jahr 2022 über weniger Einflussmöglichkeiten durch den Einsatz von Soft Power verfügte und sich auf lokaler Ebene mit Widerstand konfrontiert sah, der sich auf die klare Position der Zentralregierung zur Notwendigkeit der Abwehr bewaffneter Aggressionen stützte, konzentrierte sie sich darauf, die lokalen Behörden mit allen Mitteln unter Druck zu setzen und zu verfolgen. Die Vertreter der

Russischen Föderation versuchten in erster Linie, die Unterstützung der lokalen Behörden durch Ermutigung oder Einschüchterung zu gewinnen. Im Falle einer Verweigerung der Zusammenarbeit wurden die Behörden illegal festgenommen oder es wurde versucht, sie zur Zusammenarbeit zu zwingen, wobei ihre Familienangehörigen als Geiseln eingesetzt wurden. Die Inhaftierung der Behörden wurde auch dazu genutzt, sie von der Gemeinde zu isolieren, um bei der Bevölkerung ein Gefühl der Unsicherheit zu erzeugen und das Gefühl zu vermitteln, dass es keine andere Kontrolle über die Angelegenheiten der Gemeinde gibt als die der russischen Regierung. Diese Maßnahmen zielten darauf ab, die nächste Stufe der Unterwerfung der örtlichen Bevölkerung einzuleiten - die Einrichtung einer Zivilverwaltung, die als Mittel zur Umsetzung der russischen Politik auf lokaler Ebene in vorübergehend besetzten Gebieten der Ukraine dienen sollte.

ABSCHNITT 3. Systematische Praxis der Menschenrechtsverletzungen bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Kontrolle über das Territorium (grobe Verletzungen, Politik)

3.1 Die Besetzung der ukrainischen Gebiete sowohl 2014 als auch 2022 wurde von der Russischen Föderation nicht als vorübergehend angesehen. Sie verstößt gegen die Normen des humanitären Völkerrechts, die den vorübergehenden Charakter des Besatzungsregimes sicherstellen sollen, wie das Verbot, eine eigene Gesetzgebung einzuführen, sich unnötig in die Verwaltung des Gebiets einzumischen usw. Das Hauptziel dieser Verstöße besteht darin, die Bevölkerung der vorübergehend besetzten Gebiete der Ukraine in die Rechtswirklichkeit der Russischen Föderation zu "integrieren", die vollständige Kontrolle über die Zivilbevölkerung der besetzten Gebiete zu gewährleisten, sie zu "neuen Russen" zu machen, ihre Bindungen an den ukrainischen Staat zu kappen und diejenigen, die illoyal sind und sich der Russischen Föderation und den Besatzungsbehörden nicht unterwerfen, physisch aus den besetzten Gebieten zu vertreiben.

3.2. Die Abhaltung illegaler so genannter Referenden über den Status der besetzten Gebiete (der Autonomen Republik Krim, der Stadt Sewastopol sowie der besetzten Gebiete in Teilen der Regionen Donezk, Luhansk, Cherson und Saporischschja), die sowohl den Grundprinzipien des Völkerrechts als auch der ukrainischen Gesetzgebung widersprechen, ist ein anschauliches Beispiel für die Nutzung demokratischer Institutionen durch die Russische Föderation zur Legitimierung ihrer eigenen il-

legalen Handlungen. Neben der tatsächlichen rechtswidrigen Eingliederung dieser Gebiete in ihr Hoheitsgebiet hat die Russische Föderation die Anwendung ihrer Rechtsvorschriften, ihrer Politik und ihres Regierungssystems in allen Lebensbereichen, ihrer eigenen Systeme der Justiz, der Besteuerung, des Sozialschutzes und der sozialen Dienste, der Regelung des Privateigentums, des Bildungswesens, der Beschäftigung, der Verteilung ihrer eigenen Währung und der Zollvorschriften bis hin zur Änderung der Zeitzone auf die vorübergehend besetzten Gebiete der Ukraine ausgedehnt.

3.3 Ein weiterer Bereich der Einflussnahme ist die Kontrolle der Identität der Einheimischen. Einige der Verstöße gegen die Meinungsfreiheit, den Zugang zu Informationen und die Möglichkeit, die eigene Sprache und Kultur zu verwenden, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen, zielen darauf ab, die Manifestation der ukrainischen Identität zu verhindern und langfristig die ukrainische Identität in den besetzten Gebieten zu zerstören. Zu demselben Zweck verfolgt Russland eine gezielte Politik der Zerstörung der ukrainischen Kultur in der gesamten Ukraine und konzentriert sich dabei auf diejenigen Kulturerbestätten, die für die ukrainische Geschichte von Bedeutung sind, von der Unabhängigkeit des Landes zeugen und dem russischen Narrativ von einem "einzigem Volk" und einer "gemeinsamen Geschichte" widersprechen.

3.4 Russland schenkt der Einschränkung der Religionsfreiheit besondere Aufmerksamkeit und hebt sie auch als einen Aspekt der ukrainischen Identität hervor. Neben der Zerstörung religiöser Gebäude verfolgt die Russische Föderation eine Politik der Verfolgung bestimmter Konfessionen und religiöser Persönlichkeiten in der gesamten Ukraine: Religiöse Gebäude werden "Razzien" unterzogen, die Anwesenheit von Gläubigen bei Gottesdiensten wird registriert, und Gebäude, die Gemeinschaften gehören, werden beschlagnahmt und an andere russische Organisationen oder Einrichtungen übergeben. Russland erklärt bestimmte Religionsgemeinschaften wie die Zeugen Jehovas und Hizb ut-Tahrir al-Islami als "extremistisch".

3.5. Die Russische Föderation, die darauf abzielt, die vorübergehend besetzten Gebiete der Ukraine vollständig und unweigerlich in ihr Hoheitsgebiet einzugliedern und ihre Rückkehr in die ukrainische Kontrolle unmöglich zu machen, konzentriert sich darauf, die gesamte Bevölkerung dieser Gebiete zu Russen zu machen. Russland schafft für die Zivilbevölkerung Bedingungen, unter denen es unmöglich ist, in den besetzten Gebieten zu leben, ohne einen russischen Pass zu erhalten und sich in die Rechtswirklichkeit der Russischen Föderation zu integrieren. Personen ohne ein solches Dokument werden auf ihrem eigenen Territorium de facto zu "Ausländern" mit erhöhter Aufmerksamkeit durch die russischen Sonderdienste, Einschränkungen des Aufenthaltsrechts, ohne die Möglichkeit, medizinischen und sozialen Schutz zu erhalten, Einschränkungen oder Entzug von Eigentumsrechten, Bildungs- und Arbeitsrechten usw. Auf diese Weise verändert Russland auch die demografische Zusammensetzung der Bevölkerung, indem es diejenigen, die nicht bereit sind, einen Pass zu beantragen und ohne diesen nicht überleben können, zur Ausreise zwingt und diejenigen, die bleiben, dazu zwingt, "Loyalität" zu beweisen.

3.6. Personen, die einen russischen Paß erhalten, können zum Militärdienst verpfl-

ichtet werden. Infolgedessen gab es zahlreiche Fälle, in denen Zivilisten in den besetzten Gebieten rekrutiert wurden, um gegen ihr eigenes Land zu kämpfen. Die Wehrpflicht in der Russischen Föderation wurde seit Beginn der Besetzung im Jahr 2014 auf das Gebiet der Autonomen Republik Krim und die Stadt Sewastopol ausgedehnt. In dieser Zeit wurden 20 Einberufungskampagnen durchgeführt, von denen die letzte am 31. Dezember 2024 endete, und mindestens 50.000 Krimbewohner, von denen die meisten ukrainische Staatsbürger sein dürften, wurden zu den russischen Streitkräften eingezogen. Trotz der Illusion der "Unabhängigkeit" der so genannten "LPR/DPR" hat Russland aktiv Einheimische für seine Streitkräfte rekrutiert. Die Einwohner der besetzten Bezirke der Regionen Donezk und Luhansk wurden einer "allgemeinen Mobilisierung" unterzogen, die von den Leitern der Besatzungsverwaltungen in den besetzten Gebieten der Regionen Donezk und Luhansk am selben Tag - dem 19. Februar 2022 - angekündigt wurde. Nach Angaben des Verteidigungsnachrichtendienstes der Ukraine hat die Russische Föderation seit Anfang 2022 55.000 bis 60.000 Mann für ihre Armee in vorübergehend besetzten Gebieten der Ukraine zwangsmobilisiert. Russische Quellen berichten, dass in der so genannten LPR/DPR 79.800 Menschen im Zuge der Mobilisierung mobilisiert wurden. Der Zwang der lokalen Bevölkerung in vorübergehend besetzten Gebieten der Ukraine, in den russischen Streitkräften zu dienen und an Feindseligkeiten gegen den eigenen Staat teilzunehmen, wird sowohl zur Erhöhung der Mobilisierungsreserve und der Zahl der russischen Streitkräfte als auch zur zusätzlichen Kontrolle und Einschüchterung durchgeführt. Darüber hinaus wird durch die Propaganda für den Dienst in den russischen Streitkräften, die sich insbesondere an Kinder richtet, bei der örtlichen Bevölkerung ein verzerrtes Bild von den Ursachen und dem Verlauf der russischen bewaffneten Aggression gegen die Ukraine geschaffen.

3.7. Das russische Justizsystem wurde 2014 auf die vorübergehend besetzten Gebiete der Krim eingeführt und 2022 auf alle anderen vor und nach dem 24. Februar 2022 besetzten Gebiete der Ukraine ausgedehnt. Zumindest wurde das von Russland auf der besetzten Krim eingerichtete Justizsystem bereits vom EGMR als nicht "gesetzlich verankert" im Sinne von Artikel 6 der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten anerkannt.

Die Russische Föderation versucht, die frühere Massengewalt zu legitimieren, indem sie sie "normalisiert" und die Verfolgten durch die Verfahren des russischen Strafverfolgungs- und Justizsystems schickt, indem sie "antiextremistische", "antiterroristische" und andere repressive Gesetze, Folter, Freiheitsentzug, das Recht auf Verteidigung, das Recht auf ein normales und faires Verfahren usw. einsetzt. Einige Personen, die rechtswidrig und unter Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen festgehalten wurden, wurden schließlich förmlich angeklagt. Ein zusätzlicher Rechtsmittelentzug war die Beschlagnahme der Anwaltskammern in ukrainischen vorübergehend besetzten Gebieten, um auf der Krim seit 2014 und nach der rechtswidrigen Eingliederung aller anderen Gebiete in die Russische Föderation sowie in allen ukrainischen vorübergehend besetzten Gebieten als Anwalt tätig zu sein, muss man die russische Staatsbürgerschaft besitzen und eine Qualifikationsprüfung über die Kenntnis der russischen Gesetzgebung ablegen. Gleichzeitig sind Anwälte, die ukrainische Bürger gegen politisch motivierte Verfolgung durch die Russische Föderation verteidigen, dem Druck und der Verfolgung durch die Besatzungsbehörden selbst ausgesetzt.

3.8. Das Bildungswesen wurde, wie andere Lebensbereiche in den besetzten Gebieten, vollständig auf die russischen Standards übertragen und in das eigene nationale System integriert. Auf der Krim wurde das russische Bildungssystem auf allen Ebenen im Mai 2014 per Gesetz eingeführt, und

der Übergang wurde am 1. September 2014 in die Praxis umgesetzt. Es wurde davon ausgegangen, dass ab Beginn des Schuljahres 2022/2023 alle Schulen in vorübergehend besetzten Gebieten der Ukraine nach russischen Bildungsstandards arbeiten würden. Die Einführung russischer Standards bedeutet in der Praxis die Zerstörung der ukrainischen Sprache und Kultur, die Ersetzung ukrainischer Lehrbücher durch russische, das Verbot des Unterrichts in ukrainischen Fächern, einschließlich der Geschichte der Ukraine, die Verzerrung der Geschichte der Ukraine und der Geschichte der Krimtataren, die teilweise Ersetzung von Lehrern, die auf der Krim tätig waren, durch russische Lehrer und die aktive ideologische "Umerziehung" von Lehrern. Gleichzeitig beschränkte sich Russland von Beginn der Okkupation an nicht darauf, nur die formale Bildung in den vorübergehend besetzten Gebieten der Ukraine zu kontrollieren, sondern schenkte auch der nicht-formalen Bildung, insbesondere der patriotischen Erziehung, große Aufmerksamkeit. Zu diesem Zweck wurden in den Schulen "Kadettenklassen" eingerichtet, systematisch und regelmäßig "Gespräche über das Wichtige" (russisch: "Разговоры о важном") abgehalten, um die bewaffnete Aggression gegen die Ukraine zu rechtfertigen, und Treffen und Veranstaltungen zu Ehren der Teilnehmer der so genannten "SVO" organisiert. In den besetzten Gebieten hat Russland ein System militarisierter Jugendbewegungen eingerichtet, die darauf abzielen, Kinder zu künftigen Soldaten zu erziehen - die "Bewegung des Ersten" (ab Ende 2023 sind Ableger dieser Organisation in allen Regionen Russlands und in vorübergehend besetzten Gebieten der Ukraine tätig), "Юнармия", "Югмолодой" (russisch: "Юнармия", "Югмолодой"). Im Jahr 2023 stellt die Russische Föderation 67 Milliarden Rubel für die patriotische Erziehung zur Verfügung, das ist viermal mehr als im Jahr 2022. All dies zielt darauf ab, eine neue Generation der Bevölkerung in den besetzten Gebieten zu erziehen, ihre

ukrainische Identität zu zerstören und sie durch Loyalität gegenüber der Russischen Föderation und das Bewusstsein, russische Staatsbürger zu sein, zu ersetzen.

3.9. Die Beschlagnahme des Informationsraums und der Medienressourcen war einer der ersten Schritte zur Errichtung der Besatzung. Die Russische Föderation hat die ukrainischen Medien durch russische Medien ersetzt, die Propagandanachrichten verbreiten, abweichende Meinungen und öffentliche Meinungsverschiedenheiten mit den Maßnahmen der Russischen Föderation verbieten und verfolgen und unabhängige Journalisten strafrechtlich verfolgen, deportieren, einschüchtern, verhaften und ermorden lassen. Die Russische Föderation hat auch die Kontrolle über den Zugang zu Informationen selbst übernommen - die Arbeit ukrainischer Internetanbieter, mobiler Fernseh- und Radionetzwerke wurde in den ersten Wochen der umfassenden Invasion eingestellt. Stattdessen tauchten in den besetzten Gebieten russische Netzwerke auf, die den Zugang zu sozialen Medien wie Facebook und Twitter, ukrainischen Nachrichtenseiten und der Suchmaschine Google blockierten. Die Beschlagnahme des Informationsraums und der Medienressourcen, die Ersetzung der ukrainischen Medien durch russische Propaganda, das Verbot und die Verfolgung abweichender Meinungen und öffentlicher Meinungsverschiedenheiten mit dem Vorgehen Russlands, die Verdrängung unabhängiger Journalisten durch deren Verfolgung, Deportation, Verhaftung und Ermordung zielen darauf ab, eine einheitliche Darstellung der Ereignisse, eine einheitliche Sichtweise der russischen Aggression gegen die Ukraine, der Geschichte der russisch-ukrainischen Beziehungen und die Unmöglichkeit des Zugangs zu alternativen Informationsquellen zu schaffen. Die Kontrolle über das Informationsfeld ermöglicht es Russland, die öffentliche Meinung zu manipulieren, ein Bild der Gefahr, der "Bedrohung durch den Nationalsozialismus", der Verteidigungs-

position der Russischen Föderation gegen den "kollektiven Westen" und die Ukraine zu schaffen und die Ablehnung und Angst der Ukrainer in dem von der Ukraine kontrollierten Gebiet zu verstärken.

3.10. Die Beschlagnahme von Eigentum ist eine weitere Methode, die die Russische Föderation seit 2014 aktiv einsetzt, um die vorübergehend besetzten Gebiete der Ukraine und die lokale Bevölkerung zu kontrollieren. Neben der Beschlagnahme und Verstaatlichung von Eigentum des ukrainischen Staates haben es die Besatzungsbehörden auch auf das Eigentum großer Privatunternehmen sowie auf das Privateigentum von Anwohnern abgesehen. Die Praxis der Aneignung von "herrenlosem" Eigentum in der vorübergehend besetzten Gebiete-Region Donezk wurde bereits im Jahr 2021 eingeführt und sieht vor, dass Eigentum, das keine Eigentümer hat oder diese unbekannt sind oder das Eigentum aufgegeben haben, als "herrenlos" anerkannt werden kann. Bereits Ende März 2024 wurde in den vorübergehend besetzten Gebieten der Regionen Donezk, Luhansk, Saporischschja und Cherson das Verfahren zur Beschlagnahme von "herrenlosem" Eigentum vorgesehen. Die neu erlassenen Vorschriften sehen vor, dass die Eigentümer von Wohneigentum im betreffenden Gebiet ihr Eigentum an Wohneigentum im Einheitlichen Staatlichen Immobilienregister (russisch: Единый государственный реестр недвижимости) der Russischen Föderation eintragen lassen müssen. Wird der entsprechende Eintrag im Register nicht vorgenommen oder weist die Immobilie Anzeichen von "Eigentümerlosigkeit" auf (Nichtnutzung, Nichtbezahlung der Rechnungen für Versorgungsleistungen während des Jahres), wird sie beschlagnahmt (enteignet). Die Eigentumpolitik der Russischen Föderation ist ein zusätzliches Mittel, um es unmöglich zu machen, sich in vorübergehend besetzten Gebieten der Ukraine aufzuhalten, ohne russische Dokumente zu erhalten, Einkommen zu

beziehen, ohne in einem russischen Unternehmen zu arbeiten, Eigentum zu behalten, ohne es nach dem russischen Verfahren umzumelden. All diese Maßnahmen zielen darauf ab, die russische Präsenz in den vorübergehend besetzten Gebieten der Ukraine zu verfestigen.

3.11. Eines der Instrumente des langfristigen Einflusses Russlands auf die ukrainischen vorübergehend besetzten Gebiete ist die Zerstörung der ukrainischen Unternehmen und der wirtschaftlichen Beziehungen zur Ukraine. In allen ukrainischen vorübergehend besetzten Gebieten führten die russischen Eroberungsmaßnahmen nach der Inbesitznahme der Gebiete direkt oder indirekt zur Verdrängung lokaler Unternehmen und ihrer Ersetzung durch russische Unternehmen sowie zu systematischen Praktiken der Verstaatlichung oder Enteignung von Eigentum des ukrainischen Staates oder von Unternehmen. Nach dem Beginn der umfassenden Invasion der vorübergehend besetzten Gebieten der Ukraine wurde systematisch Druck auf die Wirtschaft ausgeübt. Die russischen Besatzungsbehörden begannen mit der Durchführung von "Inspektionen" ukrainischer Unternehmen und verlangten, dass sie sich nach russischem Recht neu registrieren lassen. Im Falle der Weigerung, sich registrieren zu lassen, gilt ein Verkaufsverbot für die betreffenden Produkte, und das Unternehmen selbst sowie sein Eigentum können verstaatlicht werden. Einige Unternehmen, darunter auch landwirtschaftliche Betriebe, wurden geplündert. Die Russische Föderation führte in den besetzten Gebieten abrupt den Rubel ein, der die Griwna-Geldmenge ersetzte, und verbot die Verwendung der Griwna beim Kauf und Verkauf von Lebensmitteln und Medikamenten. Renten, Sozialleistungen usw. wurden in Rubel ausgezahlt. Auch kleine Unternehmen, die Griwna für den Zahlungsverkehr verwendeten, wurden von der Besatzungsverwaltung bedroht. Diese und andere Faktoren zusammengenommen schaffen ein Umfeld, das die Entwicklung

und Führung eines Unternehmens, insbesondere eines Unternehmens, das nicht direkt den Besatzern unterstellt ist, nicht begünstigt oder sogar unmöglich macht.

3.12. Mit einer Reihe von Maßnahmen, die die Russische Föderation in den besetzten Gebieten der Ukraine weiterhin durchführt, soll die unvermeidliche Kontrolle über das Gebiet sichergestellt werden, indem jegliche Verbindung zwischen der vorübergehend besetzten Gebieten -Bevölkerung und der Ukraine abgebrochen wird. Zusätzlich zu den bereits erwähnten Methoden versucht die Russische Föderation auch, die Bevölkerung der Ukraine zur Zusammenarbeit (Kollaboration) zu bewegen. Indem Russland die lokale Verwaltung durch die neu geschaffenen Besatzungsstrukturen ersetzt, anstatt die ukrainischen Institutionen weiterarbeiten zu lassen, führt es nicht nur eine neue Machtvertikale ein, sondern lässt den lokalen Beamten auch keine Alternative - sie sind gezwungen, entweder zurückzutreten oder sich mit der neuen Ordnung zu arrangieren. Dieselbe Politik wird auch durch die Beschlagnahmung von Anlagen ukrainischer Staatsunternehmen durch russische Staatsunternehmen verfolgt, wie z.B. die Beschlagnahmung des Kernkraftwerks Saporischschja durch Rosatom. Gleichzeitig betrachtet die Ukraine die Arbeit in russischen Behörden, Einrichtungen und Unternehmen als Straftat und stuft sie als Kollaboration gemäß Artikel 111 Absatz 1 des ukrainischen Strafgesetzbuchs ein. Die Russische Föderation nutzt diese Praxis aktiv, um ihren Einfluss zu stärken und die Beziehungen zwischen der lokalen Bevölkerung der vorübergehend besetzten Gebieten und der Ukraine weiter zu kappen, indem sie sie davon überzeugt, dass es kein Zurück mehr gibt und dass die Rückkehr der ukrainischen Behörden in diese Gebiete die Verantwortung für all diejenigen bedeutet, die dort geblieben sind. Russlands aggressive Bevölkerungspolitik zielt ebenfalls darauf ab, die Bindungen zu kappen. Neben den bereits erwähnten Deportationen und Zwang-

sumsiedlungen sowie der erzwungenen Passportierung der einheimischen Bevölkerung ermutigt Russland aktiv die einheimische Jugend, in sein Gebiet zu ziehen, um ihre Ausbildung fortzusetzen. Russland ermutigt und zwingt nicht nur ukrainische Staatsbürger, die besetzten Gebiete zu verlassen, sondern verfolgt auch mindestens seit Beginn der Besetzung eine aktive Politik der Umsiedlung seiner eigenen Bürger in diese Gebiete. Russland ermutigt seine eigenen Bürger aktiv, in die besetz-

ten Gebiete zu ziehen, indem es staatliche Programme wie "Zemsky doctor", "Zemsky teacher", "Zemsky cultural activist" (russisch: "Zemsky doctor", "Zemsky teacher", "Zemsky cultural activist") auflegt. Im Rahmen der Programme erhalten russische Bürger auch Wohnraum aus "staatlichen Mitteln" und eine einmalige finanzielle Unterstützung in Höhe von 2 Millionen Rubel. Auch für russische Unternehmen, die ihre Mitarbeiter in die besetzten Gebiete versetzen, sind Vergünstigungen vorgesehen

ABSCHNITT 4. Reaktion auf und Gegenmaßnahmen gegen russische Aggression (rechtswidrige Handlungen, Praktiken) auf nationaler und interna- tionaler Ebene: Lehren aus der Ukraine

4.1 Die Folgen der andauernden Besetzung stellen die Ukraine vor zahlreiche Herausforderungen, sowohl hinsichtlich der Notwendigkeit, der systematischen Anwendung von Menschenrechtsverletzungen durch die Russische Föderation zur Unterwerfung der Bevölkerung entgegenzuwirken, als auch hinsichtlich der Aufrechterhaltung der Beziehungen zur eigenen Bevölkerung in diesen besetzten Gebieten. Die Ergebnisse des Sonderberichts in diesem Teil zeigen die wichtigen Erfahrungen, die die Ukraine bei der Entwicklung von Maßnahmen zur Wiedereingliederung und Aufrechterhaltung der Beziehungen zur Bevölkerung sowie bei der Wiederherstellung und dem Schutz der Rechte der Kriegsveteranen gemacht hat. Diese Erfahrungen sollten untersucht werden und können für Partnerländer, die mit Herausforderungen und Sicherheitsbedrohungen seitens der Russischen Föderation konfrontiert sind, von Nutzen sein.

4.2. Nach dem Beginn der russischen Aggression und der Besetzung der Halbinsel Krim führten die ukrainischen Behörden schrittweise eine gesetzliche Regelung der Besonderheiten bei der Gewährleistung der Rechte der Bürger aus den vorübergehend besetzten Gebieten und der Rechtsordnung in diesen Gebieten ein. So wurden 2014 Gesetze zur Gewährleistung der Rechte und Freiheiten der Bürger und der Rechtsordnung in den vorübergehend besetzten Gebieten der Ukraine sowie zur Gewährleistung der Rechte und Freiheiten von Binnenvertriebenen verabschiedet.

Darin wurde die Verpflichtung des Staates festgelegt, Beziehungen zu den in den vorübergehend besetzten Gebieten der Ukraine lebenden Bürgern zu unterhalten und Maßnahmen zum Schutz ihrer Rechte zu ergreifen. Erst 2017 billigte die Regierung die Strategie zur Integration von Binnenvertriebenen, und im März 2021 wurde die erste Strategie für die Räumung und Wiedereingliederung der vorübergehend besetzten Gebieten der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol verabschiedet. Gleichzeitig wurden seit Beginn des Krieges diskriminierende Praktiken gegenüber den Bewohnern der vorübergehend besetzten Gebieten beobachtet, und die Maßnahmen der Behörden waren häufig durch das Fehlen einer systematischen, kohärenten Politik gekennzeichnet, die den im Gesetz verankerten Garantien entsprechen würde.

Im Jahr 2016 wurde das zuständige zentrale Exekutivorgan eingerichtet, das die Gestaltung und Umsetzung der staatlichen Politik in Bezug auf Fragen und den Schutz der Rechte ihrer Bevölkerung sicherstellen soll. Dies hat sich positiv auf die Entwicklung der Enteignungspolitik und die Aufrechterhaltung der Beziehungen zur Bevölkerung der Ukraine ausgewirkt. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts wurden die Aktivitäten dieses Ministeriums jedoch eingestellt, und seine Befugnisse sind teilweise auf andere CEBs verteilt und werden manchmal neu entwickelt. Gleichzeitig ist es wichtig, die positiven Erfahrungen und Auswirkungen auf die Aufrechterhaltung

der Beziehungen zu den Bürgern in der vorübergehend besetzten Gebieten zu erwähnen, die durch die fortgesetzte Tätigkeit einiger Behörden und Strafverfolgungsbehörden aus den vollständig besetzten administrativ-territorialen Einheiten (wie der Halbinsel Krim) im Exil gemacht wurden.

Während des laufenden Krieges hat der Staat wichtige Erfahrungen bei der Wiederherstellung des Funktionierens der Behörden und der Rechte der Opfer in den befreiten Gebieten gesammelt, aber die Regierung hat die Strategie für die Wiederherstellung der Staatsgewalt und die Wiedereingliederung der Bevölkerung in den enteigneten Gebieten der Ukraine, die den Erfahrungen der langen Besetzung und der Notwendigkeit der Wiederherstellung des Lebens in den befreiten Gebieten Rechnung trägt, noch nicht verabschiedet. Die Erfahrungen mit der Evakuierung von Regierungsbehörden aus den vorübergehend besetzten Gebieten oder der Kampfzone sind größtenteils noch nicht institutionalisiert, und es gibt keine Rechtssicherheit über die Folgen der Gefangennahme einer Person mit Befugnissen usw. Die OGP hat auch eine Strategie für die Wiederherstellung der Strafjustiz in den von der langjährigen Besetzung befreiten Gebieten entwickelt, aber nicht angenommen. Der Staat widmet dem Schutz der Kinder vor den negativen Folgen der Besetzung große Aufmerksamkeit (bis 2024 werden etwa 1,6 Millionen ukrainische Kinder in vorübergehend besetzten Gebieten sein), aber es gibt immer noch keine einheitliche Vision für die Wiedereingliederung von Kindern und Jugendlichen, die unter der Besetzung waren, und für die Wiederherstellung des Bildungssystems nach der Entlassung aus der Besetzung.

Solche Beispiele für das Aufschieben staatlicher Entscheidungen über die ukrainischen vorübergehend besetzten Gebieten und ihre Bevölkerung sowie die Tendenz, den Schutz der Rechte von Bürgern aus den vorübergehend besetzten Gebieten in Empfehlungen zur europäischen Integration zu ignorieren, schwächen die Fähigkeit der Ukraine, den

Bemühungen Russlands entgegenzuwirken, die Zivilbevölkerung der vorübergehend besetzten Gebieten in die rechtliche, informationelle und sozioökonomische Realität des Besatzungslandes zu integrieren.

4.3. Die Ukraine, die über beträchtliche Erfahrungen bei der Entwicklung von Wiedereingliederungsmaßnahmen und der Pflege von Beziehungen zur Bevölkerung verfügt, muss die Kapazität ihrer eigenen Politik und Praxis in diesem Bereich noch ausbauen. Die systematischen und groß angelegten Menschenrechtsverletzungen in den ukrainischen vorübergehend besetzten Gebieten dienen dazu, die Aufgabe Russlands zu erfüllen, nicht nur die Zivilbevölkerung zu unterwerfen, sondern auch jegliche Verbindung zu seinem eigenen Staat zu kappen, einschließlich der Kappung physischer, rechtlicher, sozialer, bildungsbezogener, informationeller, religiöser und wirtschaftlicher Bindungen. In Anbetracht der Herausforderungen, die die anhaltende Besetzung mit sich bringt, muss die Ukraine Folgendes überprüfen und verstärken: die Zusammenarbeit zwischen den Behörden bei der Evakuierung der Bevölkerung aus der Kampfzone; die Suche nach Lösungen für die Aufrechterhaltung des physischen Kontakts mit der Bevölkerung in der vorübergehend besetzten Gebieten, unter anderem durch die Stärkung der zuständigen ausländischen diplomatischen Vertretungen; den ordnungsgemäßen Zugang zu Rentenzahlungen für Bürger aus der vorübergehend besetzten Gebieten; die Beschaffung von Geburts- und Sterbedokumenten in der vorübergehend besetzten Gebieten, Verfahren zur Bestätigung des eingetragenen Wohnsitzes in der vorübergehend besetzten Gebieten der Ukraine und dementsprechend die Identifizierung der Person; die Anerkennung von in der vorübergehend besetzten Gebieten erzielten Bildungsergebnissen; und

4.4. Gegenwärtig ist die Reaktion des Staates auf die Wege zur Erlangung von Gerechtigkeit weitgehend auf die Justiz beschränkt, was sowohl wichtig ist, um die

Unvermeidbarkeit der Bestrafung internationaler Verbrechen zu gewährleisten, als auch eine gewisse Einschränkung der Instrumente zur Erlangung von Gerechtigkeit und eine Herausforderung für die Kapazität des Justizsystems darstellt. Seit Beginn der russischen Aggression im Jahr 2014 wurde der Großteil der Arbeit zur Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen im Staat von Menschenrechtsorganisationen geleistet, die manchmal Zugang zu diesen Gebieten und größeres Vertrauen bei Zeugen und Opfern hatten. Tatsächlich hat seit 2016 die systematische Entwicklung der Architektur des nationalen Strafverfolgungssystems und der Staatsanwaltschaft für die Untersuchung internationaler Verbrechen begonnen (von der Verabschiedung der entsprechenden Strategie der Staatsanwaltschaft der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol bis hin zur Schaffung der Abteilung für die Überwachung von Strafverfahren bei Verbrechen, die im Kontext des bewaffneten Konflikts begangen wurden, der OGP). In den letzten zehn Jahren hat der Staat einzigartige Erfahrungen bei der Dokumentation von Verbrechen ohne Zugang zum Tatort, bei der Arbeit mit digitalen Beweismitteln, bei der Schulung von Strafrechtsexperten, bei der Zusammenarbeit mit der Anklagebehörde des IStGH usw. gesammelt.

Zum Zeitpunkt der Erstellung des Berichts meldete die OGP mehr als 170.000 internationale Verbrechen und Verbrechen gegen die Grundlagen der nationalen Sicherheit allein während der umfassenden Invasion Russlands (das Volumen der Verbrechen während des gesamten Krieges ist um ein Vielfaches höher, was für jedes Land eine Herausforderung wäre). Gleichzeitig kommuniziert der Staat das Thema Gerechtigkeit hauptsächlich durch die Gewährleistung von Gerechtigkeit für kriegsbedingte Verbrechen, und das Strafverfolgungssystem ist zu einem zentralen Anlaufpunkt für alle Erwartungen der Opfer an Gerechtigkeit geworden. Gleichzeitig zeigen einige Studien, dass mehr als 80 Prozent der Menschen

nicht bereit sind, sich an der Justiz zu beteiligen, und zwar aufgrund der übermäßigen Bürokratie, der Ineffizienz der "abwesenden" Verfahren, der Länge dieser Prozesse usw. Auch die übermäßige Kriminalisierung von Kollaborationsaktivitäten durch den Staat entspricht nicht der gesellschaftlichen Vorstellung von einer gerechten Verantwortung für die Zusammenarbeit mit dem Besetzer. Tausende einschlägiger Strafverfahren führen zu einer übermäßigen Belastung des Strafverfolgungssystems und schüren bei den vorübergehend besetzten Gebieten -Bürgern Ängste vor den möglichen Folgen der Wiedereingliederung der Gebiete nach ihrer Befreiung. Obwohl die Justiz ein wichtiges Element bei der Überwindung der Kriegsfolgen ist, kann und darf sich die Gewährleistung der Gerechtigkeit nicht allein auf die Instrumente der Justiz beschränken. Die Behörden sollten auch Themen wie dem sozialen Zusammenhalt, der Erinnerungs- und Gedenkpolitik und den Instrumenten zur Wiederherstellung des Vertrauens in die Regierung, auch in den befreiten Gebieten (Lustration), zusätzliche Aufmerksamkeit widmen. Zusammengefasst werden diese Maßnahmen dazu beitragen, soziale Spannungen abzubauen, und sie sind wichtige Bestandteile der geplanten Politik zur Überwindung der Kriegsfolgen und zur Wiederherstellung des Lebens nach der Räumung.

4.5. Die politischen und rechtlichen Maßnahmen, die die ukrainischen Behörden ergriffen haben, um der russischen Aggression und den Menschenrechtsverletzungen in vorübergehend besetzten Gebieten der Ukraine zu begegnen, sind wichtige Präzedenzfälle für die Erfassung und Bewertung der Folgen der Besetzung. Gleichzeitig sind die Reaktionen internationaler politischer und menschenrechtlicher Mechanismen auf Menschenrechtsverletzungen in der vorübergehend besetzten Gebieten der Ukraine meist deklarativ und werden von der Russischen Föderation ignoriert. Seit Beginn der Besetzung ukrainischer Gebiete im Jahr 2014 hat die Ukraine eine aktive

Position eingenommen und politische und rechtliche Maßnahmen auf internationaler Ebene ergriffen. Am 27. März 2014 verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen die erste Resolution zur Unterstützung der territorialen Integrität der Ukraine (als Reaktion auf die Besetzung der Krim) und am 7. April 2022 eine Resolution zur Aussetzung der Mitgliedschaft Russlands im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen (als Reaktion auf die umfassende Invasion durch Russland). Während der bewaffneten Aggression verabschiedeten die UN-Generalversammlung, die Parlamentarische Versammlung der Vereinten Nationen (PACE), das Europäische Parlament usw. Dutzende von Resolutionen zur Unterstützung der territorialen Integrität der Ukraine und zur Verurteilung der Menschenrechtsverletzungen in der vorübergehend besetzten Gebieten. Die Parlamente von mindestens 40 ausländischen Staaten haben über 200 Resolutionen zur Unterstützung der territorialen Integrität der Ukraine und zur Verurteilung von Menschenrechtsverletzungen oder Misshandlungen der einheimischen Bevölkerung infolge der Besetzung verabschiedet. Während des Krieges hat auch die Werchowna Rada der Ukraine wiederholt einschlägige Erklärungen abgegeben und sich an internationale Organisationen und Parlamente gewandt, um die russische Aggression und ihre Folgen zu verurteilen. Zu den wichtigen Initiativen der Ukraine in diesem Bereich die Einrichtung der Internationalen Krim-Plattform und des Weltfriedensgipfels im Jahr 2021 sowie die Unterstützung ihrer Arbeit. Diese Maßnahmen und Beschlüsse sind wichtig für die Stärkung der Politik der "Nicht-Anerkennung", der Sanktionen gegen Russland und der Verbreitung von Informationen über Menschenrechtsverletzungen in der Besatzungszone. Gleichzeitig haben die im Laufe der Jahre angenommenen Dokumente Empfehlungscharakter, und Russland setzt sie nicht um.

Ein wichtiger Bereich der ukrainischen Arbeit bestand auch darin, sich bei praktisch

allen wichtigen internationalen Menschenrechtsmechanismen zu bewerben. Die ersten Urteile wurden in relativ kurzer Zeit gefällt, was für die Praxis solcher Mechanismen bemerkenswert ist. Zum Beispiel die Urteile des EGMR in den Fällen Ukraine gegen Russland (betreffend die Krim) und Ukraine und Niederlande gegen Russland (betreffend die jeweiligen Gebiete in der Ostukraine). Sie stellen den Zeitpunkt des Beginns der Besetzung ukrainischer Gebiete durch Russland fest und widerlegen die russische Propagandathese vom "Willen des Volkes" und dem "freiwilligen Beitritt" der Gebiete, und sie bestimmen die Existenz von Verwaltungspraktiken der Russischen Föderation, die zu Menschenrechtsverletzungen in der vorübergehend besetzten Gebieten führen, sowie die Grundlage für die weitere Verantwortung Russlands für solche Verletzungen. Nachdem die Ukraine die Zuständigkeit des IStGH anerkannt und das Römische Statut ratifiziert hat, wurde sie Vollmitglied des IStGH und erleichtert die Untersuchung internationaler Straftaten. Der IStGH hat bereits mehrere Haftbefehle ausgestellt, u. a. gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin und hochrangige Militärbefehlshaber. Die Umsetzung der Urteile des Internationalen Gerichtshofs hat sich weitgehend verzögert, da Russland seit Beginn der Aggression seine internationalen Verpflichtungen missachtet hat. Es handelt sich jedoch um wichtige Präzedenzfälle, deren Umsetzung eine der Hauptforderungen an Russland sein sollte, wenn es in die zivilisierte Welt zurückkehrt und die Sanktionen aufhebt.

Bei der Bewertung der Leistungen des Staates in diesem Bereich ist es wichtig, die einzigartige Erfahrung mit dem Aufbau einer Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen bei der Dokumentation und Untersuchung russischer Verbrechen und der Förderung des Themas der Menschenrechtsverletzungen in der vorübergehend besetzten Gebieten auf der internationalen Agenda zu berücksichtigen. Die Entwicklung einer solchen Zusammenarbeit wird

die Fähigkeit des Staates, allen Opfern des Krieges Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, stärken und dazu beitragen, Vertrauen in die Regierung aufzubauen und die Beziehungen zur Bevölkerung des vorübergehend besetzten Gebieten der Ukraine aufrechtzuerhalten.

4.6. Die Praktiken und Muster der von Russland in den vorübergehend besetzten Gebieten begangenen Menschenrechtsverletzungen werden meist in einem humanitären und nicht in einem sicherheitspolitischen Kontext betrachtet und bewertet. Dies schränkt die Möglichkeiten ein, auf russische Aggressionen zu reagieren und ihnen entgegenzuwirken. Der Einsatz und die Instrumentalisierung von Menschenrechtsverletzungen zur Inbesitznahme von Territorien, zur Unterwerfung der Bevölkerung und zur Führung eines Angriffskrieges erfordern eine eingehende Untersuchung, die auch die Erfahrungen anderer europäischer Länder einbezieht. Die kriminellen Praktiken der Russischen Föderation in der jüngeren Geschichte stellen viele Herausforderungen für das Überdenken von Sicherheitsmaßnahmen und den Schutz demokratischer Staaten dar. Die in diesem Bericht analysierte Praxis der Instrumentalisierung von Menschenrechtsverletzungen durch Russland für die Kriegsführung kann von Russland weiter verallgemeinert und ausgeweitet werden, um Feindseligkeiten vorzubereiten und durchzuführen oder die Gebiete anderer Staaten zu besetzen (wie die Erfahrungen mit der Besetzung ukrainischer Gebiete durch Russland von 2014 bis 2024 zeigen). Es gibt bereits viele Fakten für den hybriden Einfluss Russlands auf die Zivilbevölkerung in den NATO-Mitgliedstaaten,

wie z. B. die Beeinflussung demokratischer Wahlen durch Informationstechnologie und soziale Medien, die Beeinflussung einzelner Länder durch die massenhafte Passportierung und Kolonisierung durch russische Bürger, die Beeinflussung religiöser Vereinigungen durch russische Bürger, die den Angriffskrieg unterstützen, die Beeinflussung durch russische Propagandamedien usw. Die während der russischen Aggression in der Ukraine gesammelten Daten bilden ein Feld für die Untersuchung des Einsatzes von Menschenrechtsverletzungen als Mittel zur Inbesitznahme von Gebieten und zur Unterwerfung der dortigen Bevölkerung. Und dementsprechend auch ihre Analyse und die Entwicklung von Lösungen, um solchen Bedrohungen zu begegnen. Zu diesem Zweck kann in der Ukraine in Partnerschaft mit interessierten Ländern ein Exzellenzzentrum (ähnlich dem Netz der Exzellenzzentren, das als Katalysator für die Umgestaltung und den Aufbau von Kapazitäten in der NATO dient) eingerichtet werden. Der Schwerpunkt eines solchen Zentrums könnte auf der Sammlung und Analyse von Daten (auch aus Drittländern) und der Entwicklung von Lösungen liegen, um dem Einsatz von Menschenrechtsverletzungen und demokratischen Instrumenten zur Vorbereitung und Führung von Kriegen, zur Eroberung von Gebieten und ihrer Zivilbevölkerung entgegenzuwirken, was eine wichtige Ergänzung zur Untersuchung hybrider Bedrohungen durch die EU und die NATO darstellen würde. Gleichzeitig könnte die Entwicklung von Fähigkeiten der künstlichen Intelligenz die Effizienz der Sammlung und Analyse großer Datenmengen optimieren und verbessern.

Empfehlungen

Auf der Grundlage der Ergebnisse des Sonderberichts wurden zentrale Empfehlungen an die ukrainischen Behörden und die internationalen Partner formuliert, die dazu beitragen sollen, die systematische Bekämpfung und Reaktion auf den Einsatz verschiedener Besatzungsinstrumente durch die Russische Föderation, einschließlich der Instrumentalisierung von Menschenrechtsverletzungen, zu verbessern.

Ukraine:

- in allen Ministerien der Regierung die Positionen der Abgeordneten zu Fragen, zum Schutz der Rechte von Binnenvertriebenen und der in vorübergehend besetzten Gebieten der Ukraine lebenden Bevölkerung sowie zur Politikgestaltung in Bezug auf die Opfer der Folgen der russischen bewaffneten Aggression einführen;
- systematisch Informationen zu sammeln und die von der Russischen Föderation im ukrainischen vorübergehend besetzten Gebieten angewandte Politik und Praxis zu analysieren und sicherzustellen, dass diese Analyse bei der Gestaltung und Anpassung der staatlichen Politik gegenüber den ukrainischen vorübergehend besetzten Gebieten genutzt wird, insbesondere durch die Einrichtung und den Betrieb eines Analysezentrum, das dem zuständigen zentralen Exekutivorgan innerhalb der Regierung untersteht;
- Entwicklung und systematische Umsetzung von Maßnahmen gegen die russische Politik bei der rechtlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und informationellen Integration der Zivilbevölkerung des ukrainischen vorübergehend besetzten Gebieten sowie von Praktiken und Entscheidungen, die die Aufrechterhaltung rechtlicher Bindungen mit der Bevölkerung des ukrainischen vorübergehend besetzten Gebieten er-

leichtern (z. B. Anerkennung rechtlich bedeutsamer Tatsachen, Erleichterung des Erwerbs von Passdokumenten, Beseitigung bestehender diskriminierender Praktiken beim Zugang zu Rechten und Dienstleistungen usw.)

- Einrichtung und Sicherstellung des Betriebs des Exzellenzzentrums zur Erforschung und Entwicklung von Lösungen gegen die Verletzung der Rechte der Zivilbevölkerung und der Kriegsregeln als Mittel zur Vorbereitung und Durchführung von Kriegen und zur Eroberung von Gebieten (Sammlung von Daten, auch aus Drittländern, deren Analyse, Entwicklung von Sicherheitslösungen auf der Grundlage von NATO-Standards, deren Verbreitung und Ausarbeitung von Ausbildungsprogrammen, Stärkung von Fachleuten in diesem Bereich usw.), wobei die interessierten NATO-Mitgliedstaaten an der Einrichtung und Entwicklung des Zentrums beteiligt werden;
- Gewährleistung der vollständigen Umsetzung der staatlichen Strategie für Binnenvertriebene bis 2025 und des dazugehörigen operativen Aktionsplans sowie Ausarbeitung einer Strategie und eines entsprechenden Plans für den nächsten Zeitraum, um Binnenvertriebene zu unterstützen, die aufgrund von Schwierigkeiten bei der Beschäftigung, Wohnungsmangel usw. gezwungen sind, in die vorübergehend besetzten Gebiete der Ukraine zurückzukehren
- Entwicklung und Verabschiedung einer staatlichen Strategie für den Zugang zur Bildung für Kinder und Jugendliche aus den vorübergehend besetzten Gebieten der Ukraine, einschließlich der Förderung der Motivation und der Gewährleistung ihres Zugangs zu Bildungsdienstleistungen in den von der Regierung kontrollierten Gebieten der Ukraine;

- Zugang zu analogem Fernsehen und ukrainischem Rundfunk in den Gebieten in der Nähe des vorübergehend besetzten Gebiete der Ukraine zu schaffen, um die Suche und Entwicklung alternativer, moderner Kommunikationswege und -kanäle mit den Bewohnern des vorübergehend besetzten Gebiete der Ukraine zu gewährleisten;
- Stärkung der Fähigkeit der Strafjustiz, die schwersten Verbrechen, die im Rahmen einer bewaffneten Aggression gegen die Ukraine begangen wurden, durch Verbesserung der Rechtsvorschriften und der Ausbildung zu ahnden;
- Entwicklung und Umsetzung eines Modells zur Wiederherstellung der Strafjustiz in den enteigneten Gebieten der Ukraine unter Nutzung der Erfahrungen der Staatsanwälte und Ermittlungsbehörden in den seit 2014 besetzten Regionen der Ukraine;
- Gewährleistung der Untersuchung von Verwaltungspraktiken, die zu Menschenrechtsverletzungen und internationalen Verbrechen in vorübergehend besetzten Gebieten der Ukraine führen, einschließlich der Ermittlung und strafrechtlichen Verfolgung derjenigen, die an der Einleitung und Durchführung dieser Praktiken beteiligt sind;
- Identifizierung und Umsetzung anderer Instrumente neben der Justiz, um Gerechtigkeit zu erreichen, z. B. Erinnerungs- und Gedenkpolitik, Unterstützung der Opfer, Wiederherstellung des Vertrauens in die Behörden usw.;
- Förderung der wissenschaftlichen und akademischen Forschung über die Politik und die Maßnahmen der Russischen Föderation, die der vorübergehenden Besetzung bestimmter Regionen der Ukraine vorausgingen.

Internationale Partner:

- die territoriale Integrität der Ukraine weiterhin zu unterstützen, indem sie alle von der Russischen Föderation besetzten Gebiete als ukrainisch und die Folgen ihrer illegalen Eingliederung in die Russische Föderation als null und nichtig anerkennt (Nichtanerkennung der aufgezwungenen russischen Staatsbürgerschaft, der Subjektivität aller gewählten oder ernannten "Behörden" in diesen Gebieten usw.)
- die militärische Unterstützung der Regierung zu verstärken, um die von der Ukraine kontrollierten Gebiete zu schützen und einer möglichen Inbesitznahme anderer Gebiete und massiven Verletzungen der Rechte der dortigen Zivilbevölkerung unter der Besatzung entgegenzuwirken;
- die Einrichtung eines Exzellenzzentrums in der Ukraine (ähnlich dem Netzwerk von Exzellenzzentren zur Unterstützung der Umgestaltung der NATO) zu unterstützen, um Lösungen zu erforschen und zu entwickeln, die dem Einsatz von Verletzungen der Rechte der Zivilbevölkerung und der Regeln des Krieges als Mittel zur Vorbereitung der Besetzung und anschließenden Eroberung von Gebieten entgegenwirken;
- systematische Überwachung und Bekämpfung des Missbrauchs demokratischer Instrumente durch Russland (Betrieb von Kulturzentren, Abhaltung von Wahlen und Referenden, Ausstellung von Pässen für russische Bürger) sowie russischer Narrative in Kultur, Medien und Bildung im Ausland;
- Förderung der Untersuchung der Praktiken und Muster systematischer Menschenrechtsverletzungen, der Gewalt gegen Zivilisten und des Einsatzes demokratischer Institutionen als Instrumente der Kriegsführung gegen Drittländer (Georgien, Moldau, Republik Itschkeria und andere) durch die Russische Föderation;

- Unterstützung des Aufbaus und der Entwicklung ukrainischer Studien und akademischer Forschung, des Austauschs von Erfahrungen und bewährten Praktiken bei der Überwindung der Kriegsfolgen sowie der Unterstützung und Wiedereingliederung von Kriegsgeschädigten;
- die Wirksamkeit interparlamentarischer, politischer und rechtlicher internationaler Instrumente zu fördern, um dem Einsatz massiver Menschenrechtsverletzungen als Mittel zur Gebietseroberung wirksam entgegenzuwirken, unter anderem durch die Gewährleistung der Unvermeidbarkeit der Bestrafung solcher Verletzungen und Verbrechen.



Омбудсман України
Ombudsman of Ukraine